

Information des Arbeitskreises Gedenktage und Gedenkstätten
Seite -4-

Kontroverse um ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE Seite -5-

Lohnt die Riester-Rente?

Seite -7-

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

4. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

25. Februar 2008

Frauentag in Halle

Seit nunmehr 15 Jahren gibt es in Halle den Frauenpolitischen Runden Tisch. Immer am 2. Mittwoch im Monat treffen sich engagierte Frauen in der Weibewirtschaft und diskutieren über politische Themen. Seit ihrem Bestehen haben sie dazu beigetragen, dass der Internationale Frauentag zu einem politischen Ereignis in Halle geworden ist. Und so findet traditionell auch dieses Jahr am 08. März eine politische Aktion auf dem Marktplatz statt.

In Anlehnung an Martin Luthers Thesenanschlag werden die Frauen 9+5 Thesen an das Rathaus schlagen. Inhalt sind Forderungen an die Politik, wie z. B. ein weltweites Wahlrecht für Frauen. Aber auch regionale Themen werden angesprochen. So wird der Erhalt der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten eingefordert. Außerdem soll das Frauennachttaxi unbedingt erhalten bleiben. Dieses wurde in Halle auch auf Druck des Frauenpolitischen Runden Tisches ins Leben gerufen.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich an der Aktion zu beteiligen. Start ist am 8. März, 11:00 Uhr. Auch zu den monatlichen Treffen in der Weibewirtschaft (Karl-Liebknecht-Str. 34) sind Interessierte herzlich eingeladen. Los geht es um 17:00 Uhr.

Franziska Godau

Damenwahl und Männermacht

Als am 12. November 1918 der Rat der Volksbeauftragten die Einführung des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts auch für Frauen verkündete, begann ein neues Kapitel politischer Partizipation in der deutschen Geschichte. Das hart erkämpfte Bürgerrecht ist heute - neunzig Jahre später - eine Selbstverständlichkeit. Frauen mischen sich ein und sind an der Macht, gestalten soziale und damit auch Geschlechterverhältnisse. Viel ist erreicht; oder gar schon alles? Verweigern sich deshalb zunehmend mehr Frauen und Männer hinsichtlich politischer Beteiligung?

RosaLuxemburgStiftung Sachsen-Anhalt und
Landtagsfraktion Die Linke Sachsen-Anhalt
8. März 2008 (ganztägig), Beginn: 10:30 Uhr

(siehe auch Seite 8)

Veranstaltungsort:

Merseburg, Schlossgartensalon,

Ansprechpartner:

Elke Stolze/Arndt Hopfmann,

0391-25191474,

info@rosaluxsa.de

Anmeldung erwünscht!

Das Linke Projekt nimmt weiter Gestalt an.

Die Linke erreichte bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft 6,6 %.
Wir gratulieren.

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Aus der Arbeit des Arbeitskreises Gesundheit/Soziales der Fraktion

Wir alle werden immer älter!

Das ist durchaus eine frohe Botschaft!

Dennoch heißt das auch, sich auf diese neuen Tatsachen, diese demografische Entwicklung, einzustellen.

Ein uns bewegendes Thema war und ist die ärztliche Versorgung, vor allem für ältere BürgerInnen. Derzeit wird dieses Thema nicht nur im Land Sachsen-Anhalt diskutiert. Konkrete Bürgeranfragen veranlassten uns, die hausärztliche Versorgung in Heide-Nord „unter die Lupe“ zu nehmen. Wir organisierten eine Diskussionsrunde, u. a. mit Dr. Diestelhorst, stellv. Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt; unserem Amtsarzt Dr. Wilhelms; Frau Langhans, Apothekerin; Herrn Kwatschik, Rektor des Diakoniewerkes und Herrn Dralle, Geschäftsbereichsleiter Gesundheit und Medizin der AOK Sachsen-Anhalt.

Das Ergebnis dieser Diskussion war, dass es in Halle (Saale) im Prinzip eine gute ärztliche Versorgung gibt, bezogen auf die Zahl der Ärzte je Einwohner. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass es insgesamt sogar eine Überversorgung gibt.

Wiederum erreichten uns Bürgerbriefe, die eine wohnortnahe ärztliche Versorgung in Heide-Nord einklagten. Nur noch eine hausärztliche Praxis existiert in Heide-Nord. Ein nochmaliger Briefwechsel mit Dr. Diestelhorst ergab, dass der Umstand des Ärztemangels in Heide-Nord zwar in gewisser Weise anerkannt wird, aber eine Unterversorgung nicht gegeben ist, weil im Umkreis von 3 Kilometern

weitere 8 Hausärzte sich niedergelassen haben. Vorstellen, so schreibt Herr Dr. Diestelhorst weiter, könnte sich die kassenärztliche Versorgung aber, evtl. niedergelassene Ärzte für eine Nebenbetriebsstätte zu werben.

Der Beitrag der Stadt Halle (Saale) könnte zum Beispiel in der Bereitstellung günstiger Praxisräume mit guter infrastruktureller Anbindung bestehen. Durch diese Aussage motiviert, wird sich unser Arbeitskreis überlegen, in welcher Form wir diese Dinge in den Stadtrat einbringen können.

Ausgehend von dieser konkreten Aussage stand und steht für uns die Aufgabe, die Belange älterer Menschen stärker in den Focus der Kommunalpolitik zu bringen.

In einem Workshop, den unser Arbeitskreis gestaltete, haben wir versucht herauszufinden, welche Schwerpunkte wir dabei beleuchten wollen, welche Fakten wird dazu benötigen, welche Partner wir brauchen, was es bereits für Aktivitäten gibt?

Ein zweiter Schritt bestand darin, dass sich unser Arbeitskreis die Leiterin der Seniorenberatungsstelle der Stadt Halle (Saale) Frau Riethmüller und Herrn Dorn, Vorsitzender des Seniorenrates der Stadt Halle (Saale) eingeladen haben. Beide berichteten uns konkret von ihren Arbeitsaufgaben und -inhalten. In diesem Gespräch kristallisierte sich heraus, dass das selbstbestimmte Wohnen mit Versorgungssicherheit eine Perspektive für ältere Menschen sein muss.

Prof. Ernst Luther, Mitglied unse-

res Arbeitskreises, stellte in diesem Zusammenhang das „Bielefelder Modell“ dar. Die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft hat dazu ein Konzept mit einem freien Träger und unter Mitwirkung der Stadt Bielefeld entwickelt. Die Besonderheit des Bielefelder Modells ist die Versorgungssicherheit (ohne Betreuungspauschale).

Mit diesem Konzept werden wir uns also noch beschäftigen, um ggf. auch Vorschläge für unsere Stadt zu entwickeln.

Auf unserer Agenda - auch um o. g. und andere Vorschläge zu entwickeln - wollen wir mit den nächsten Arbeitskreisen

- Arbeitsbesuche in Einrichtungen des altersgerechten Wohnens planen

- uns über den erreichten Stand der Arbeitsgruppe „Gesundheit und Senioren“ der Gesundheitsförderkonferenz der Stadt Halle (Saale) berichten lassen

- und weitere Erfahrungsaustausche mit PartnerInnen organisieren.

Neben dem Thema „Gesundheit und Alter“ haben wir uns auch mit den Perspektiven des Psychiatrischen Krankenhauses im Rahmen einer Diskussionsrunde beschäftigt. Und sicher werden wir uns auch - wieder - mit dem Thema „Kinderarmut“ beschäftigen.

Dazu hat unsere Fraktion einen Antrag in den Stadtrat eingebracht.

Ute Haupt

Leiterin des Arbeitskreises Gesundheit/Soziales

Ein neues Stadion für Halle?

Die Diskussion ist nicht neu! Aber sie verläuft jetzt und heute mit anderen Voraussetzungen, andere Bedingungen müssen beachtet werden als noch vor ein paar Jahren.

Zunächst wurde die Vorlage zur „Errichtung eines Sportzentrums Halle-Neustadt am Standort Nietlebener Straße - Grundsatzbeschluss“ im Sport- und im Planungsausschuss abgestimmt. In beiden Ausschüssen fand sich nach namentlicher Abstimmung (!) eine Mehrheit. Die Vertreter unserer Fraktion stimmten in beiden Ausschüssen nicht für den Bau. Seit Jahren fordern wir eine „Prioritätenliste“ zur Förderung des Sports. Sie liegt nicht vor. Wir wissen, dass unsere Sportler im Basketball und Handball auch tolle Leistungen bringen, unsere Ballsporthallen jedoch auch sanierungsbedürftig sind! Im Planungsausschuss wurde u. a. die Frage des Standortes neu aufge- rollt. Uwe Köck (vgl. auch Presse- erklärung) brachte u. a. den Platz in der Nähe der Halle-Messe ein. Die gesamte Infrastruktur kann dort genutzt werden für das evtl. entste- hende Sportzentrum.

Im Finanzausschuss wurde dann die Grundsatzfrage nach der Fi- nanzierung aufgemacht. Nach lan- ger Diskussion stimmte der Finanzausschuss mehrheitlich für eine Aussetzung der Entscheidung, bis die Gesamtfinanzierung des Projektes (Stadion und Ballsporthalle!!) so un- tersetzt ist, dass kein Risiko für die Stadt Halle (Saale) entsteht. Momentan sind zwar Fördermittel im Landeshaushalt eingestellt, aber andere Finan-

zierungsbeiträge noch nicht genau- er un- tersetzt. So sollen z. B. der Verkauf von Namensrechten am künftigen Sportzentrum oder auch der Verkauf von Grundstücken (u.a. auch des Standortes Kurt-Wabbel- Stadion) zur Finanzierung beitragen.

Diese Entscheidung zum Bau eines Sportzentrum wird uns also noch beschäftigen! Meinungen unserer Basis sind dazu auch gefragt! Auch die nächste Stadtvorstandssitzung wird sich mit diesem Thema be- beschäftigen.

Ute Haupt

Nebenan

Recht des Kreistages gestärkt

Die Kreisumlage legt fest, in welcher Höhe sich die Städte und Gemeinden an den Ausgaben des betreffenden Kreises zu beteiligen haben. Als Teil der Finanzplanung wird sie vom Kreistag beschlos- sen.

Für einen Kreis (ehem. Quedlinburg) erschien den Beamten des Landesverwaltungsamtes in Halle die Umlage zu gering. Per Verfügung erhöhten sie für das Jahr 2007 die Abgaben der Kommunen, was zur Verärgerung und zur Klage beim Verwaltungsgericht führte.

Anfang 2008 hat das Oberverwaltungsgericht Mag- deburg im Grundsatz entschieden:

Die Festlegung der Kreisumlage ist Sache der Kreis- tage. Die Verfügung aus Halle wird aufgehoben. Das Recht des gewählten Kreisparlamentes wurde gefestigt.

Und was lehrt uns diese Geschichte ?

Es lohnt sich, für die Interessen der Kommunen und des Kreises zu streiten.

G.Nau

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
21.02.2008
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 06.03.2008

Information des Arbeitskreises Gedenktage und Gedenkstätten

Eine kurze Beratung hat sich stets am Anfang des Jahres bewährt. Sie konnte nur sehr kurzfristig einberufen werden, so dass nicht alle interessierten Genossen telefonisch erreicht wurden. Eine kleine Runde von 6 - 8 Mitstreitern traf sich am 11. Februar, weil auch zu diesem Zeitpunkt die Geschäftsstelle zugänglich war. Hauptanliegen war eine Abstimmung über die bevorstehenden Aufgaben für das Jahr 2008. Da die meisten Termine ohnehin feststehen, war nach kurzer Zeit Einigung über die Veranstaltungen nacheingebütem Ablauf erreicht. Zunächst steht das Gedenken an den Blutfreitag im Volkspark 1925 im Blickpunkt, was in diesem Jahr am 15. März - 11:00 Uhr am üblichen Ort an der Gedenktafel in der Burgstrasse ausgerichtet wird.

Zur Ehrung der Märzgefallenen von 1920/21 auf dem Ammendorfer Friedhof wird die BO Ammendorf zum Sonntag, den 16. März - 10:00 Uhr einladen.

Zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, wird es wieder eine Gedenkfeier auf dem Gertraudfriedhof geben, die vom Ortsverband der VdN-BDA ausgerichtet wird. Die Freundschaftsgesellschaft mit den Völkern der ehemaligen Sowjetunion zeigt sich für das Gedenken an den Gräbern der Sowjetsoldaten auf dem Südfriedhof verantwortlich. Dazu gibt es noch konkrete Einladungen über das Linke Blatt.

Auch der Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung, der dieses Jahr auf den 14. September fällt, wird VdN-BDA auf dem Gertraudfriedhof und die Basisorganisation, „Erich Voigt“ auf dem

Südfriedhof zum Gedenken einladen.

Das Jahr 2008 steht im Zeichen der Novemberrevolution in Deutschland vor 90 Jahren. Zur würdigen Erinnerung ist noch Forschungsarbeit nötig, z. B. was hat wo in Halle im Zuge der Ereignisse stattgefunden. In Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg-Stiftung wird eine Bildungsveranstaltung vorbereitet. Zum würdigen Gedenken an diese ereignisreichen Tage im November 1918 ist angedacht, eine Stadtwanderung bis zur Ge-

denktafel für Karl Meseberg an der Hafensbahnbrücke zu organisieren.

Im Ausblick an das Jahr 2009 sollte nochmals an dieser Stelle gesagt werden, dass sich im Januar der Tod von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum 90sten Mal jährt. Zu diesem Gedenktag wird mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Bus eingesetzt, wozu die Organisatoren um hohe Teilnahme bitten, damit das Projekt nicht wieder ins Wasser fällt wie im vergangenen Januar. Hajo

Hamburg, 24. Februar, Bürgerschaftswahl = Landtagswahl

Bisher regiert die CDU (Ole Freiherr von Beust). Zu vergeben sind: 121 Sitze in der Bürgerschaft
Überspringt die LINKE die 5 %-Klausel und erreicht den Einzug in ein weiteres Landesparlament? (infratest-Umfrage Februar: 8%)

Welche Koalition wird Hamburg nach dem 24.2.08 regieren?

Schwarz-Rot (CDU/SPD)?

Beide Parteien lehnen vor der Wahl eine Zusammenarbeit ab.

Schwarz-Gelb (CDU/FDP) oder Rot-Grün (SPD/ALG)?

Beide Gruppierungen liegen laut Umfrage gleich auf. Bei einem solchen Ergebnis wäre eine Regierungsbildung sehr schwer.

Rot-Grün-Rot (SPD/ALG/LINKE)?

Eine solche Koalition hätte rechnerisch eine gute Chance. Eine solide Mehrheit in der Bürgerschaft würde für den Sturz der CDU und die Bildung einer neuen Regierung ausreichen. Die LINKE Hamburg lehnt aber sowohl eine Regierungsbeteiligung als auch die Tolerierung einer SPD-geführten Regierung - wie in Sachsen - Anhalt vor Jahren bereits vorgemacht - ab.

Bei Redaktionsschluss hatte die Bürgerschaftswahl noch nicht begonnen. Ergebnisse als Eilmeldung auf Seite 1. G.Nau

Kontroverse um ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE

In einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird der Vereinigungsprozess unserer Partei anhand von Experteninterviews, die von unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Grundorientierungen, Handlungsoptionen und Erfahrungen der beteiligten Akteure zeugen, analysiert.

Einerseits werden kulturelle Ähnlichkeiten zwischen SED- und DGB-Sozialisation konstatiert. Was wohl niemanden ernsthaft wundert, da die Anatomie der beiden Organisationen und damit die Architektur von Macht diese Ähnlichkeiten aufweisen. Andererseits wird die Meinung die Macht wieder zurück zu den Menschen geben zu wollen re-

flektiert.

Meine These lautet: In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen.

Interessante Fragen sind doch: Wieso haben Politiker, die den Begriff Freiheit in anderen Kategorien als in denen des Marktes denken können, ein Problem, wenn sie sich vorstellen, Erwerbsarbeit ganz in das Belieben der Menschen zu stellen? Warum führen sie Minderheiten, deren soziale Lagen ich nicht negiere, ins Feld, um Grundeinkommensbefürworter als realitätsfremd zu bezichtigen? Wovor fürchten sie sich? Welche Vorstellungen von einer künftigen Gesellschaft

haben sie?

Ich glaube, dass differente Wertehorizonte die Ursache für die partiell unsachliche Diskussion sind. Für mich bedeutet demokratischer Sozialismus vor allem Selbstbestimmung. Als jemand mit der heute typisch unterbrochenen Erwerbsbiografie ist mir klar, dass dies für viele schwierig ist und nicht ohne innere und äußere Konflikte abgeht. Dennoch ist mir eine Gesellschaft wichtig, die Arbeit im Betrieb gleichwertig mit der im Sportverein, in der globalisierungskritischen Bewegung oder in der Familie honoriert. So betrachtet ermöglicht das bedingungslose Grundeinkommen die Teilhabe an Arbeit und an Demokratie erst richtig. Andere DebattenteilnehmerInnen haben eine eher traditionalistische Vorstellung, wie eine Gesellschaft organisiert werden soll.

Die Frage nach der sozialen Innovation für das 21. Jahrhundert beinhaltet zugespitzt die Frage: Benötigen die Menschen Führung oder sind sie in der Lage ihren Weg selbstverantwortlich zu gehen?

Je nach dem, wie diese Frage beantwortet wird, wird Erwerbsarbeit als Führungs- bzw. Machtmittel abgelehnt oder als notwendig erachtet.

Vielleicht ist es möglich, mit einem einkommensabhängigen Grundeinkommen als erstem Schritt auf einem langen Weg in das Unbekannte eine Brücke zu schlagen. Zusammen mit einem Mindestlohn, der diese Bezeichnung verdient, und zusammen mit Arbeitszeitverkürzung scheint mir das ein gehbarerer Weg zu sein.

Deshalb freue ich mich auf die Debatten unserer Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen zur Mitgliederversammlung am 23. und 24.02.08 in Könnern.

Wolfgang Geuitjes

Sperrherrat der Landesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen

Skandalöse Ignoranz der Koalition gegenüber den Verbänden der Opfer aus der Zeit der Nazidiktatur

(Landtagsfraktion) In der Sitzung des Innenausschusses vom 14.02. haben die Mitglieder der Koalition mehrheitlich dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gedenkstättenstiftungsgesetzes gegen erhebliche rechtliche Bedenken beschlossen. Dieser Gesetzentwurf dient dazu, die Mitarbeit von Gudrun Tiedge im Stiftungsrat zu beenden und begründet dies mit der fehlenden Stasiüberprüfung der Mitglieder in diesem Rat. Damit folgt die Koalition den ultimativen Forderungen der Verbände, Opfer des Stalinismus und Verband der stalinistisch Verfolgten.

Mit dieser Gesetzesnovelle verschärft die Koalition jedoch die Vorbehalte der Verbände, die die Opfer aus der Zeit 1933 - 45 vertreten. Der Zentralrat der Juden in Deutschland sowie die Vertreter des Sinti und Roma lehnen ihre Mitarbeit in dieser Stiftung genau deshalb ab, weil eine generelle Stasiüberprüfung für sie einen Generalverdacht darstellt, der nicht zu akzeptieren ist.

Deshalb beantragte die Fraktion DIE LINKE heute im Innenausschuss eine Anhörung der Opferverbände, sowohl aus der Zeit vor als auch nach 1945. Dies wurde von der Koalition abgelehnt. Offensichtlich ist die Koalition nicht einmal bereit, die Verbände aus der Zeit vor 1945 anzuhören, geschweige denn, ihnen eine Mitarbeit in der Stiftung zu ermöglichen, während man für die Verbände aus der Zeit nach 1945 bereit ist, das Gesetz zu ändern.

Damit stellt die Koalition unter Beweis, dass sie im Gedenken an die Opfer politischer Gewaltherrschaft eindeutig eine Rang- und Reihenfolge in der Wichtung vornimmt, in der die Opfer des Nationalsozialismus hintenanstehen.

Dieser Umgang mit den Opferverbänden ist aus Sicht der LINKEN ein schwerer Schlag gegen die demokratische Erinnerungskultur und in einem Land wie Sachsen-Anhalt, in dem die Auseinandersetzung mit Geschichtsrevisionismus von Rechtsextremen täglich neu geführt wird, absolut kontraproduktiv.

Inakzeptabel

„Wenn der SPD-Vorsitzende Kurt Beck einen Geheimplan zur Desavouierung der Linkspartei in Auftrag geben würde,“ -witzelte die taz in ihrer Ausgabe vom 16.02.- „sähe er in etwa so aus: Ein Team des ARD-Fernsehmagazins „Panorama“ bittet Christel Wegner, Abgeordnete der Linksfraktion im neuen niedersächsischen Landtag, um ein Interview. Die Journalisten fragen Wegner, seit 1968 Mitglied der DKP, nach den Toten an der Mauer. Die 60-jährige Frau antwortet mit folgenden Sätzen: „Der Bau der Mauer war in jedem Fall eine Maßnahme, um sozusagen zu verhindern, dass weiterhin Westdeutsche in die DDR konnten. Um zu verhindern, dass irgendwelche Kräfte über die Grenze spazieren, die man da nicht haben wollte.“ Und über die Stasi sagt sie: „Ich denke nur, wenn man eine andere Gesellschaftsform errichtet, dass man da so ein Organ wieder braucht, weil man sich auch davor schützen muss, dass reaktionäre Kräfte die Gelegenheit nutzen und so einen Staat von innen aufweichen.“ Beck hat keinen Geheimplan. Aber er braucht auch keinen mehr. „Panorama“ hat Wegner tatsächlich interviewt, und die DKP-Frau hat diesen Stuss tatsächlich von sich gegeben. Am Donnerstagabend lief es vor einem Millionenpublikum im Fernsehen. Einen Tag später kommentiert der SPD-Chef den Vorgang genüsslich im Interview mit der Münchner Abendzeitung. „Schwachsinn“ seien die Aussagen der Abgeordneten. „Mit solchen Leuten kann man nicht Politik machen. Wer die Stasi zurückhaben will, der gehört in kein deutsches Parlament.“ Natürlich verfehlten die Worte

Wegeners ihre Wirkung nicht. Konnte doch nun die in jahrzehntelangen Antikommunismus geübten Parolen der etablierten Parteien von „Freiheit statt Sozialismus“ durch zitierfähige Äußerungen belegt werden. So ergießt sich seit Tagen eine Flut von Pauschalierungen über die rote Gefahr durch Deutschlands Medienlandschaft.

Dass die Äußerungen Wegeners nicht, aber auch gar nichts mit dem Politik-, Demokratie- und Geschichtsverständnis unserer Partei zu tun haben, weiß jeder, der die letzten 18 Jahre den Geschichtsaufarbeitungsprozess in unserer Partei miterlebt und mitgestaltet hat. Entsprechend Richtig und Notwendig war daher die klare Ablehnung von Christels Wegeners Äußerungen durch den Parteivorstand. „Die Äußerungen des DKP-Mitglieds Christel Wegner sind inakzeptabel. Der Vorstand der Partei DIE LINKE distanziert sich davon in aller Form. Für DIE LINKE gilt ohne jede Einschränkung der vom Parteitag beschlossene Grundsatz: „Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.“

Folgerichtig war auch der Ausschluss aus der niedersächsischen Landtagsfraktion.

Die Fraktion begründet den Ausschluss wie folgt: „Unabhängig von der Frage des Zusammenschnitts ihres Interviews in der Sen-

dung „Panorama“ sind ihre dort geäußerten Positionen für DIE LINKE unakzeptabel. Einen Sozialismus ohne Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Reisefreiheit darf es nie wieder geben. Entgegen der Aufforderung der Fraktion und des Landesverbandes hat Christel Wegner das Landtagsmandat nicht niedergelegt. Damit hat sie sich nicht an ihre Zusage gehalten, bei politischen Differenzen zwischen der LINKEN und der DKP das Mandat zurückzugeben.

Die Fraktion fordert Frau Wegner nach wie vor auf, das Mandat abzugeben, weil sie das Vertrauen der Gremien, die sie aufgestellt und der Menschen, die sie gewählt haben, missbraucht hat.“

Aber trotz aller einmütiger Erklärungen konnte die taz in ihrer Ausgabe vom 21.02. unter der Überschrift „DDR-Alarm bei der Linkspartei“ deutlich machen, dass trotz der überwiegend ablehnenden Haltungen zu den Äußerungen Wegeners, auch in unserer Partei, längst nicht alle Mitglieder geschlossen hinter dieser Erklärung stehen. Für mich ist dies ein deutliches Zeichen, dass neben allen Erklärungen, die zweifelsfrei unsere Beschlusslage wiedergeben, die durch den Parteineubildungsprozeß teilweise zum Erliegen gekommene Diskussion über unser Verhältnis zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft wieder aufgenommen werden muss. Wichtig erachte ich auch die Diskussion unseres Verhältnisses zu anderen linken Parteien und Organisationen.

Die vor uns stehende Programmdiskussion wird hierzu ein erster Meilenstein sein.

Swen Knöchel

Lohnt die Riester-Rente?

Angeregt durch die Artikel von Daniel Kreitz und Elke Fenner in der Freitags - Ausgabe des ND vom 8. Februar 2008, möchte ich meinen Standpunkt dazu im Linken Blatt darlegen.

In fast allen Fragen würde ich Daniel Kreutz zustimmen, vor allem zu seinem Ausgangspunkt, daß die Riester - Rente nichts mit Sozialpolitik, dafür aber mit Wirtschafts - und Finanzpolitik zu tun hat. Die Riester Rente ist für mich in erster Linie ein Geschenk für Banken und Versicherungen. Sie ist vor allem aber nicht demografiefester wie behauptet wird, als die umlagefinanzierte Rente und darüber hinaus zusätzlichen Spekulationen auf dem Finanzmarkt ausgesetzt. Auch ich teile daher den Standpunkt, daß die Riester Rente die Armut nicht beseitigt, sondern zu mehr Altersarmut beiträgt.

Einer der Ausgangspunkte der Riester Rente ist, 45 Arbeitsjahre, welche gegenwärtig kaum und in Zukunft noch weniger erreicht werden.

Man kann die Riester Rente kaum vertreten, wenn sie selbst im Normalfall ein Leben oberhalb des Sozialhilfeniveaus nicht garantiert. Es bleibt für mich ein Skandal, dass z.B. die Riester Rente auf die Sozialhilfe angerechnet wird.

Will man die vorprogrammierte Altersarmut abwenden, dann hilft nur die Rückkehr zu einer solidarischen Grund - Renten - Versicherung. Wir verstehen darunter die Einbeziehung aller Werktätigen, einschließlich Beamte - Abgeordnete - Selbstständige u.a.

Das heißt, die umlagefinanzierte Gesetzliche Rentenversicherung muß auch in Zukunft wieder die tragende Säule der Alterssicherung bleiben.

Die Riester Rente widerspricht allein durch den Freibetrag, der nur bei Riestern gilt dem Gleichbehandlungsgrundsatz.

Die beste Grundlage allerdings, um Altersarmut zu entgehen, wären armutsfeste Löhne und eine möglichst durchgängige Erwerbsbiografie. Voraussetzung dafür sind eine bessere Schul- und Berufs-

ausbildung und dafür flächendeckende Mindestlöhne.

Zum Schluß erwähnt Elke Fenner die Erweiterung der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung, wie sie gegenwärtig nicht nur in der SPD - diskutiert wird.

Sie hat sich allerdings davor gescheut zu sagen, daß die Linke seit langem diese Forderung stellt.

Hans Stollberg

Vorsitzender der Basisgruppe 260/261 und Rentenberater



Auch in diesem Jahr wird die Ehrung des
„Blutfreitag von Halle“
an der Gedenktafel in der Burgstraße stattfinden.
Zum 83. Jahrestag der Ermordung von 10 Genossen,
darunter Fritz Weineck, der „Kleine Trompeter“, treffen
wir uns am 15. März, 11 Uhr an genannter Stelle.